



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder,  
Familie  
am 6. März 2024  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Sebastian Rutten (FDP)**

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil):** 17:00 Uhr

**Ende:** 19:44 Uhr

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 07/24, 08/24)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## Öffentliche Sitzung

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

### Tagesordnung I

#### 0013 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderung zugestimmt:

Der folgende Punkt der Tagesordnung II wird auf Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto auf die Tagesordnung I umgesetzt:

5/IIKinderspielplatz Herbert- und Reisinger-Anlagen (24-V-67-0002)

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

**Einstimmig**

#### 0014 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 24.01.2024

Einstimmig **genehmigt**

#### 0015 Bericht über die Jugendkonferenz am 03./04.11.2023 durch das Amt für Soziale Arbeit

Protokollnotiz:

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Herrmann und Herr Jäger vom Amt für Soziale Arbeit anwesend.

Sie präsentieren dem Ausschuss die Durchführung, Ergebnisse und Impressionen der ersten Jugendkonferenz am 03. und 04.11.2023.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Über die ausgearbeiteten Projektideen der Teilnehmenden möchte das Amt fortlaufend über die öffentlichen Kanäle informieren. Wichtig ist dem Amt hierbei stets transparent den Stand des Vorhabens darzustellen.

Die Jugendkonferenz konnte im letzten Jahr finanziell aus dem Aktionsprogramm des Landes realisiert werden. Eine fortlaufende Finanzierung bestehe jedoch nicht. Weitere Teile des Rahmenkonzeptes Handlungsprogramm Jugend können aktuell ferner nicht umgesetzt werden, da nur die Hälfte der Gelder zugesetzt wurden.

Perspektivisch plane man eine zweite Jugendkonferenz im November 2024 und erarbeite konkrete Ideen zur Beteiligung von Kindern.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0016 24-F-63-0009

Situation der Migrationsberatungsdienste in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 06.02.2024 -

Protokollnotiz:

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Vertreterinnen und Vertreter der nachfolgenden Migrationsberatungsdienste anwesend:

Frau Lemm, Frau Born (Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e. V.)  
Herr Tretjakov, Frau Adem (IB Südwest gGmbH)  
Frau Gläser, Frau König (Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.)

Herr Röhrig spricht für die Diakonie Hessen Nassau e. V.

Im Rahmen einer Präsentation stellen die Migrationsberatungsdienste ihre Arbeit (Zielgruppe, Angebot, Themen, Herkunft, Mehrwert der kommunalen Zusammenarbeit) vor und berichten zu den Auswirkungen der neuen Förderrichtlinie, die zum 01.01 2024 in Kraft getreten ist.

Diese hat höhere Eigenmittel für die freien Träger und weitere Faktoren, wie Inflation und Tarifsteigerungen, zur Folge. Mit dem ersten Ausstieg der AWO zum 31.12.2023 mit 3,5 VZÄ sehen sich die Beratungsdienste in einer Unterversorgung.

Um weiterhin wichtige und stabile Anlaufstellen für neuzugewanderte Menschen sicherzustellen, wünschen sich die Träger von den Kommunen nicht nur eine finanzielle Unterstützung, sondern ein Eintreten gegenüber dem Land Hessen für eine Förderung von Migrationsberatung auf Landesebene.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stadträtin Löbcke berichtet von einer stets guten und intensiven Zusammenarbeit mit den Migrationsberatungsdiensten. Die Stadt unterstützt diese bereits insoweit, dass Räumlichkeiten am Standort Europaviertel (mit gegebener Nähe zum Amt für Zuwanderung und Integration) mietfrei zur Verfügung gestellt und gemeinsame Fortbildungen organisiert werden.

Der Magistrat teile die Sorge der Auswirkungen, wenn die Beratungsangebote nicht mehr existieren würden. Dies hätte eine Überbelastung des Amtes zur Folge und wäre integrationspolitisch eine Katastrophe.

Man habe sich bereits an die neue Hessische Sozialministerin gewandt und auf die Thematik aufmerksam gemacht. Im Koalitionsvertrag sei eine professionelle Einzelfallberatung vorgesehen, die zumal auch gesetzlich vorgeschrieben ist.

Stadträtin Dr. Becher nahm den Brief der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. zum Anlass, die Situation in den Sozialausschuss des Hessischen Städtetages aufzunehmen und zu beraten. Man habe eindrücklich die Erwartung hinterlegt, dass sich das Land und der Bund nicht aus dem Feld der Migrationsberatung zurückziehen können.

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt (**einstimmig**)

0017 24-F-63-0013

Feindliches Stadtdesign auf Flächen der Landeshauptstadt Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024 -

Protokollnotiz:

Herr Schöffner vom Tiefbau- und Vermessungsamt ist anwesend.

Er berichtet, dass die Fragen aus dem Antrag nur schwer beantwortet werden können, da keine Datengrundlage zu feindlichem Mobiliar existiert. Das Tiefbau- und Vermessungsamt praktiziere das Aufstellen zumindest in der Vergangenheit nicht.

Da der Antrag mit einem großen, ämterübergreifenden Aufwand verbunden wäre, appelliert Herr Schöffner an die Ausschussmitglieder, die Problematik zielführender zu betrachten, wie bspw. die Überprüfung des Stadtmöbelprogramms oder das Hinterfragen der Notwendigkeit einer individuellen Aufstellung.

Stv. Apel bittet den Magistrat um eine Antwort auf abstrakter Ebene. Stellv. Vorsitzender von Seemen betont, dass sich der Antrag auf Plätze und Parks beschränke. Er schlägt vor, sich die Eindrücke und Erfahrungen aus den Ortsbeiräten zukommen zu lassen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Herr Röhrig (Diakonie Hessen Nassau e. V.) unterbreitet das Angebot, im Rahmen des nächsten Unterarbeitskreises der Straßensozialarbeit eine Umfrage zu starten, ob bzw. wo Wohnungslose aufgrund der Architektur von Plätzen verdrängt werden.

Vorsitzender Rutten beantragt eine **getrennte Abstimmung** der Punkte.

**Ziffern 1) und 2):**

dafür: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, AfD, Die Linke, Volt

dagegen: CDU

Enthaltung: FDP, FWG/Pro Auto, BLW/ULW/BIG

**Ziffer 3):**

Enthaltung: AfD

somit wird der Antrag in allen Ziffern **angenommen**

**0018 24-F-69-0013**

Kurtaxe Jugendherberge und Jugendnaturzeltplatz  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -

Bei Enthaltung der Fraktionen CDU, FDP, AfD, und BLW/ULW/BIG zur weiteren **Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen überwiesen.**

**0019 24-F-69-0014**

Öffentliche Toiletten  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -

Protokollnotiz:

Herr Schöffner vom Tiefbau- und Vermessungsamt ist anwesend. Das Amt vertritt die Anlagen der Firma Wall sowie die Anlagen in Wiesbaden-Breckenheim und -Schieferstein.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Er verweist auf den Beschluss Nr. 0562 der Stadtverordnetenversammlung zur Sitzungsvorlage „Werbenutzungsvertrag ab 2026 - Grundsatzvorlage“ (23-V-66-0007) vom 20.12.2023.

Demnach soll der Magistrat gem. Beschlusspunkt 2.10 „*ein Konzept für die Zusammenführung der Zuständigkeit und Finanzierung für die in Wiesbaden betriebenen öffentlichen Toiletten (Citytoiletten sowie weitere städtischer Toiletten) [zu] erstellen und den städtischen Gremien zum Beschluss vor[zul]egen.*“

Man sei momentan mit anderen Organisationen in der Ausarbeitung eines solchen Konzeptes und rechne damit, dass den Gremien im September/Oktober 2024 eine Sitzungsvorlage zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

Vorsitzender Rutten beantragt den Punkt 3 zu streichen. Die neuen Punkte des Antrages können im Rahmen der Neukonzeption der Sitzungsvorlage mitaufgenommen werden.

**Einstimmig in geänderter Fassung angenommen**

0020 24-F-69-0015

Wohnungslose in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher bietet dem Ausschuss, vor dem Hintergrund der umfangreichen Fragestellung, an, das Thema mit Vorliegen des Magistratsberichts in der nächsten Ausschusssitzung ausführlich zu besprechen.

Frau Dr. Krätschmer-Hahn berichtet, dass sich die Arbeitsgruppe #wohin in der letzten Sitzung mit der Einordnung und Aufmachung der Thematik befasst hat.

Die Bundesstatistik über untergebrachte wohnungslose Personen existiert seit 2022. Man untersuche nun, welche Personen dort erfasst werden, wer dort nicht auftaucht, aber durch die Stadt begleitet wird. Daraus möchte man für ein Gesamtbild schlussfolgern, welche unterschiedlichen Angebote man für die Gruppen innerhalb und außerhalb der Statistik bereithält.

Stv. Vinha bittet darum, den Antrag um die möglichen Gründe für den Anstieg der Wohnungslosigkeit zu ergänzen.

Vorsitzender Rutten stellt die Frage in den Raum, ob hinter jeder wohnungslosen Person ein objektiver Wohnungsbedarf bestehe, dem man sich kommunalpolitisch widmen muss.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Herr Röhrig (Diakonie Hessen Nassau e. V.) berichtet, dass es erfahrungsgemäß keine Personen gibt, die freiwillig wohnungslos sind. Gründe, sich gegen einen Einzug in Wohnungen zu entscheiden, resultieren aus meist psychischen Erkrankungen, fehlenden Ansprüchen auf eine Sozialwohnung, etc. Die Aufstellung von Tiny-Houses konnte einigen Fällen eine Abhilfe schaffen, die sonstige Angebote nicht annehmen können.

Stv. Hoffmann-Fessner schlägt vor, den Punkt 4 wie folgt zu ändern:

„Der Magistrat wird gebeten, über die Varianten der Bedürfniskompensation zu berichten.“

Vorsitzender Rutten greift den gestellten Ergänzungsantrag von Stv. Vinha auf und beantragt, bei Punkt 4 ferner zu beschließen, dass zu den Hintergründen steigender Wohnungslosigkeit und die darauf basierenden Unterstützungsformen berichtet werden soll.

**Einstimmig in geänderter Fassung angenommen**

Der Antrag soll gemeinsam mit dem Magistratsbericht in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 15.05.2024 erneut behandelt werden.

0021 24-F-22-0002

Sachstand zur Bezahlkarte in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 28.02.2024 -

Zu diesem Punkt liegt ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor (maximale Bargeldgrenze von monatlich 50 Euro) sowie ein Ersetzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt (s. BP Nr. 0030).

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher berichtet, dass Wiesbaden und andere kreisfreie Städte davon absehen, eine individuelle, kommunale Lösung anzustreben, sondern zunächst auf eine hessenweite Regelung zu warten. Es müssten zuvor noch einige organisatorische, technische sowie rechtliche Fragestellungen geklärt werden.

Sobald sich dahingehend Regelungen konkretisieren, wird das Dezernat proaktiv auf den Ausschuss zugehen und zu den neusten Entwicklungen berichten.

Der **Antrag ist durch Aussprache erledigt** (einstimmig)

Somit hat sich auch der **Änderungsantrag erledigt**.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0030 24-F-63-0023

Bezahlkarte für Asylbewerber\*innen  
- Ersetzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 06.03.2024 zu 24-F-22-0002 -

Bei Enthaltung von AfD und BLW/ULW/BIG **angenommen**

0022 24-F-15-0009

AZUBI-Wohnheime vorantreiben  
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.02.2024 -

Protokollnotiz:

Stv. Oschmann konkretisiert auf Nachfrage von Stadträtin Dr. Becher den Begriff der „belastenden Bauvorschriften“ mit freiwilligen, von der Kommune vorgegebenen Auflagen (bspw. Begrünung von Dächern). Er bittet ferner darum, dass der Sozialausschuss bei dem Sachverhalt die Federführung behalte.

Es besteht jedoch Einvernehmen, dass der Magistratsbericht nachrichtlich dem Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit zur Verfügung gestellt werden kann.

Einstimmig **angenommen**

0023 24-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich  
(keine Redebeiträge)

0024 Verschiedenes

(keine Redebeiträge)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## Tagesordnung II

0025 23-F-63-0149

Schulstarterpaket

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.11.2023 -  
- Bericht des Dezernates VI vom 07.02.2024 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0026 23-V-51-0033

Ausbau Kinderbetreuung 48/90; Wohngebiet Kärntner Viertel - Errichtung einer Kindertagesstätte durch die GWW in Trägerschaft der Johanniter-Unfallhilfe e. V.

**Einstimmig**

0027 23-V-51-0050

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Einrichtung einer Kindertagesstätte in der Helenenstraße 14-18 durch Terminal for Kids gGmbH, Ergebnis der Plausibilitätsprüfung

**Einstimmig**

0028 24-V-51-0001

Sanierung und Erweiterung der AWO Kita Betty Coridass, Deckung des Mehrbedarfs 2023

**Einstimmig**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0029 24-V-67-0002

Kinderspielplatz Herbert- und Reisinger-Anlagen

Protokollnotiz:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto auf die Tagesordnung I umgesetzt.

Stv. Oschmann stellt die Nachfrage, ob bei der Durchführung der Maßnahme zuvor eine Stellungnahme des Denkmalschutzes eingeholt wurde.

Hierzu ist Herr Weidmann vom Grünflächenamt anwesend. Er berichtet, dass die Planungen von der Denkmalpflege begleitet werden. Auch bei der Errichtung des baugenehmigungspflichtigen Technikgebäudes wird die Denkmalpflege im Rahmen des Bauantrages inhaltlich involviert werden.

**Enthaltung FWG/Pro Auto**

**Anlagen**

Wiesbaden, .03.2024

**Vorsitzender**

**Schriftführerin**

Sebastian Rutten

Gabriella Wenzel